

Deutschland Archiv

G 21761E

1

**Zeitschrift für
das vereinigte
Deutschland**

Aus dem Inhalt

X
**Ilse Spittmann
Wir und die da drüben**

**Karl Wilhelm Fricke
Honeckers Sturz mit
Mielkes Hilfe**

**Irene Charlotte Streul
Rundfunk und
Fernsehen in den
neuen Bundesländern**

**Thomas Koch
Deutsch-deutsche
Einigung als
Kulturproblem**

**Hans Noll
Die unsichtbaren
Schäden**

**Armin Volze
Kirchliche Transfer-
leistungen in die DDR**

**24. Jahrgang
Januar 1991
ISSN 0012-1428**

Kommentare und aktuelle Beiträge

Wir und die da drüben

Ilse Spittmann

In seiner Weihnachtsansprache zitierte der Bundespräsident einen Mitbürger aus den neuen Bundesländern: »Mit unseren Seelen sind wir noch nicht bei euch angekommen.« Richard von Weizsäcker, moralische Instanz der Nation schon vor der Vereinigung, wendete den Gedanken zur Gewissenserforschung bei uns, den alten Bundesbürgern: »Er bei uns angekommen? Warum nicht wir bei ihm? Soll er den ganzen Weg alleine gehen? Wie weit sind wir ihm denn schon entgegengegangen?«

Eine aufrüttelnde Vision. In der Welt der harten Tatsachen sieht es vorerst noch so aus, als liefen wir denen da drüben eher davon. Während im Jahr der deutschen Einheit 1990 in den neuen Bundesländern die Produktion um mehr als die Hälfte zurückging, an die 600 000 Arbeitslose und 1,8 Millionen Kurzarbeiter zum Jahresende gezählt wurden und für 1991 die Fortsetzung der wirtschaftlichen Talfahrt mit 1,3 bis zwei Millionen Arbeitslosen, sinkenden Reallöhnen und steigenden Lebenshaltungskosten prognostiziert wird, erzielte die alte Bundesrepublik mit real 4,6 Prozent ihr stärkstes Wirtschaftswachstum seit 1976. 775 000 neue Arbeitsplätze entstanden, die Arbeitslosenzahl sank um 155 000. Die westdeutsche Wirtschaft ist in glänzender Verfassung, der konjunkturelle Aufschwung hat sich verstärkt, und das vor allem dank der Wiedervereinigung. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wertete sie als entscheidendes Ereignis und prägendes Element für die wirtschaftliche Entwicklung im Westen. »Die Rahmenbedingungen für die westdeutsche Wirtschaft wurden hierdurch entscheidend verbessert.« Vom Wirtschaftswachstum im Westen entfielen gut 1,5 Prozentpunkte auf den Verbrauch westdeut-

scher Erzeugnisse und Dienstleistungen in Ostdeutschland – insgesamt ein west-östlicher Warenstrom von 50 Milliarden DM.

»Ernte der Einheit« überschrieb eine große westdeutsche Tageszeitung ihren Kommentar dazu und apostrophierte 1990 als »glückhaftes Jahr für den deutschen Michel« mit dem »höchsten Wohlstandszuwachs seit anderthalb Jahrzehnten«.¹ Immerhin fühlte sich der Autor von dem »Wiedervereinigungsbonus« von 1,5 Prozent aufgefordert, »diejenigen nicht zu vergessen, deren Revolution ihn erst möglich machte«. Die friedliche Revolution in der DDR – eine Veranstaltung zur Vermehrung des Wohlstands im Westen? Die folgenden Sätze sind offenbar ohne jede Erinnerung an die, die das möglich machten, geschrieben worden: »Die glänzende Konjunktur des vergangenen Jahres ging an niemandem vorbei.« Und: »Die fetten Auftragspolster deuten eine weitere erfreuliche Entwicklung an.« Diese in westdeutschen Medien verbreitete Betrachtungsweise zeigt, mit welcher brutalen Gedankenlosigkeit »die da drüben« wie auch die eigenen Notleidenden ausgeblendet werden, wenn sie nicht in die Selbstdarstellung des Erfolges passen.

Ist es so abwegig, wenn die neuen Bundesbürger den alten Siegermentalität vorwerfen? Nach dem Freudentaumel über den Sturz der Diktatur und die gewonnene Freiheit erleben sie nun die Einheit zunächst als Zusammenbruch der gewohnten Sozialordnung, die zwar einen Großteil der Konsum- und Qualitätsbedürfnisse nicht befriedigen konnte, aber wesentliche Lebensrisiken wie Arbeit, Wohnung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Alter, auf nied-

¹ Die Welt vom 12. Januar 1991.

Sym-
tdeut-
1 Ber-
... 86
1 ver-
liches
aliger
... 89

Wall-
... 91
r von
... 92
land/
chütt)
... 95

tsch-
stätti-
enze
t. Er-
taats-
... 100
anzig
... 108
... 110

dem

daktion: Ilse
, Tel. (02 21)
8 und 31 57
05 617-503.
ent DM 70,-
len Beschei-
eim Verlag.
hen. Für un-
irbt der Ver-
re Verfahren
inzelne Ver-
nverein des
om 14. Juni
wieder.

rigem Niveau absicherte. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und dadurch bedingter sozialer Abstieg bedeuten Erfahrungen und Ängste, die in der bisherigen Ordnung normalerweise keinen Platz hatten (wohl aber gehörten sie zum System politischer Sanktionen). Das neue soziale Sicherungssystem ist umfassend, aber es beruht nicht wie das alte auf staatlicher Umverteilung, sondern zu einem großen Teil auf individuellen Versicherungsleistungen – um viele soziale Hilfen muß man sich selber kümmern.

Die Umstellung vom obrigkeitlichen Versorgungsstaat auf Eigenverantwortlichkeit erfordert Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die in der DDR nicht erlernt und trainiert werden konnten. Welche psychischen Anstrengungen ein so abrupter Systemwechsel den Menschen abverlangt, könnten die Westdeutschen vielleicht annäherungsweise nachvollziehen, wenn sie, wie Peter Bender in einem einfühlsamen Aufsatz empfahl, versuchten, sich das Umgekehrte vorzustellen – sie müßten sich auf die Verhältnisse einstellen, wie sie noch vor wenig mehr als einem Jahr in der DDR bestanden.² Was den Ostdeutschen besonders angekreidet wird: daß sie warten auf das, was »von oben« kommt, keine eigene Initiative entfalten, das ist auch besonders schwer abzustreifen. Sie haben es von klein auf nicht anders gelernt, und es war der Überlebensschutz des Durchschnittsmenschen in einem System, wo eigenes Denken karriereföndlich, wenn nicht existenzgefährdend war. Gerade diese Mentalität muß aber überwunden werden, wenn die Marktwirtschaft greifen soll. In diesem Zusammenhang fragen marktwirtschaftlich orientierte Ostdeutsche, ob die als soziale Abfederung des Übergangs zur Marktwirtschaft gedachte großzügige Kurzarbeiterregelung auf Dauer nicht kontraproduktiv wirkt. Sie ist in Gefahr, als sozialer Besitzstand mißverstanden zu werden und die Orientierung auf Umschulung und neue Arbeitsaufnahme eher zu behindern.

Das westliche Versprechen, es werde nach der Vereinigung keinem schlechter gehen, konnte nicht eingehalten werden. Arbeitslose und Obdachlose sind inzwischen massenhafte Extrembeispiele. Aber auch für den Bürger mit Arbeit und Wohnung verteuern sich die meisten Le-

benshaltungskosten drastisch durch Wegfall oder Reduzierung von Subventionen für Mieten, Energie, Wasser, öffentliche Dienstleistungen, Kindergärten, Altenheime sowie steigende Verbraucherpreise. Die Steigerung der Einkommen hält damit vorerst nicht Schritt, die Bruttoverdienste liegen zwischen 29 und 44 Prozent vergleichbarer westlicher Verdienste. Die ungewohnt hohen Steuer- und Sozialabzüge wirken zunächst als weitere Einkommenschmälerung.

Auch da, wo die Einsicht in die Unvermeidbarkeit von Umstellungshärten vorhanden ist, wächst der Zorn über vermeintlich oder tatsächlich unbillige Forderungen bei gleichbleibend schlechten, wenn nicht abnehmenden Leistungen beispielsweise der Post. Ihr Service war zu DDR-Zeiten schon schlecht genug: keine Paketzustellung, in vielen Gebieten auch keine Briefzustellung ins Haus; unzureichende, teilweise willkürliche Öffnungszeiten der Postämter, dadurch lange Schlangen vor den Schaltern und beim Paketabholen. Seit Einführung der DM kommen vervielfachte Laufzeiten für Postsendungen dazu. Dafür soll der Kunde nun doppelt soviel zahlen wie bisher. Das ist nicht mehr zu vermitteln. Jede allgemeine Gebühren- oder Beitragserhöhung trifft die Ostdeutschen härter, denn sie sind ärmer.

Dies sind nur wenige Beispiele aus dem Alltag, die erklären, warum die Stimmung in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung in Enttäuschung und Wut umgeschlagen ist.

»Die da drüben« – das ist kein anderes Volk, keine andere Nation. Und doch ist es eine Gemeinschaft, die vierzig Jahre lang ein anderes Schicksal hatte, in anderen Lebensumständen zurechtkommen mußte als »wir« im Westen. Das hat Gewohnheiten geprägt und Mentalitäten, und es setzt sich nach der Vereinigung fort in der Benachteiligung durch die nur langsam abzutragende und schwer zu teilende Erblast. Die Enttäuschung darüber, daß es nicht schneller geht und daß die Westdeutschen den Übergang nicht perfekter organisieren können,

² Peter Bender, »Wir sind keine Maschinen, die man umschalten kann. Über die Schwierigkeiten des Umgangs zwischen den Bundesdeutschen in Ost und West«, Berliner Zeitung vom 22./23. Dezember 1990.

ist eine wei
neuen von
Viele Fehl
chen Bunc
haftem Wi
heren DD
nügend M
chen, bev
Schlimmer
dem Verda
süchtig, un
den oder
fen, wenn
(oft kurz v
senschaftli
tional renc
rosen Pers
den, Mens
Tierpark,
Hochschul
institut für
als Beispi
stimmt, da
ten den r
nicht oder
muß man
auf die Sp
Das »wir
auch in ur
– das sind
die sehr p
rer ökonom
Siegerpost
gern zweit
vierzig Ja
nem große
jetzt zahle
ein gängig
es ignorie
dem Früh
ßen und
ignoriert
auch von
heutigen
bleme in
ten West
den eigen
die nicht
sind, die
nismen sa

irch Wegfall
nen für Mie-
dienstleistun-
sowie stei-
eigerung der
nicht Schritt,
en 29 und 44
r Verdienste.
nd Sozialab-
linkommens-

vermeidbar-
handen ist,
ch oder tat-
ei gleichblei-
nehmenden
t. Ihr Service
echt genug:
ebieten auch
s; unzurei-
nungszeiten
hlangen vor
holen. Seit
ervielfachte
1. Dafür soll
den wie bis-
ln. Jede all-
gerhöhung
sie sind är-

dem Alltag,
ng in den
reinigung in
gen ist.
deres Volk,
es eine Ge-
ein anderes
umständen
im Westen.
l Mentalitä-
nigung fort
ur langsam
de Erblast.
es nicht
tschen den
en können,

, die man um-
Umgangs zw-
lest«, Berliner

ist eine weitere gemeinsame Erfahrung, die die neuen von den alten Bundesbürgern trennt. Viele Fehler der Westdeutschen in den östlichen Bundesländern resultieren aus mangelhaftem Wissen über die Verhältnisse in der früheren DDR. Das mußte nicht sein, es gab genügend Möglichkeiten, sich kundig zu machen, bevor man ans »Abwickeln« ging. Schlimmer ist, daß so manche Abwickler sich dem Verdacht aussetzen, sie handelten selbstsüchtig, um erfolgreiche Konkurrenz loszuwerden oder Platz für Westkandidaten zu schaffen, wenn sie Lehrpersonal pauschal kündigen (oft kurz vor Weihnachten zum 1. Januar), wissenschaftliche Institutionen schließen, international renommierte Einrichtungen durch rigorosen Personalabbau in ihrer Existenz gefährden, Menschen verunsichern. Der Ost-Berliner Tierpark, das Dresdner Hygienemuseum, die Hochschule für Körperkultur und das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig seien als Beispiele herausgegriffen. Auch wenn es stimmt, daß die ehemaligen DDR-Universitäten den nötigen Selbstreinigungsprozeß gar nicht oder nur unvollkommen bewältigen – muß man ihnen quasi mit Besatzungsdekret auf die Sprünge helfen?

Das »wir und die da drüben« funktioniert aber auch in umgekehrter Richtung. Die da drüben – das sind in diesem Falle die Westdeutschen, die sehr pauschal verdächtigt werden, kraft ihrer ökonomischen Überlegenheit in arroganter Siegerpose die Ostdeutschen zu Bundesbürgern zweiter Klasse zu degradieren. Wir haben vierzig Jahre lang für das SED-Regime mit einem großen Defizit an Lebensqualität bezahlt, jetzt zahlen wir die Kosten der Einheit, lautet ein gängiges Argument. Es ist ungerecht, denn es ignoriert die immensen Summen, die seit dem Frühjahr 1990 in die ehemalige DDR fließen und die ja erarbeitet werden müssen; es ignoriert die viele selbstlose Hilfsbereitschaft auch von privater Seite. Ein großer Teil der heutigen organisatorischen und sozialen Probleme in Ostdeutschland ist nicht von arroganten Westdeutschen verursacht, sondern von den eigenen Behörden und Wirtschaftsbossen, die nicht fähig, manchmal auch nicht willens sind, die notwendigen bürokratischen Mechanismen sachgerecht im Interesse der Bürger zu

bedienen und unter Mißachtung von Recht und Gesetz die sozialen Sicherungen des Einigungsvertrages unterlaufen. Ist es nur Sache der Westdeutschen, mit den alten Seilschaften fertig zu werden? Und warum sollen eigentlich die Westdeutschen verpflichtet sein, die Folgen der SED-Mißwirtschaft zu bezahlen?

Die in der Rückschau gern verklärten sozialen Wohltaten des SED-Staates hatten einen hohen Preis: gesellschaftliche Armut und extreme Umweltbeschädigung. Wenn man den westlichen Industriestaaten vorwirft, sie gössen ihren Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt, so muß man andererseits den sozialistischen Staaten anlasten, daß sie ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Kosten der menschlichen Gesundheit und der Natur betrieben haben. Die immensen Reparaturkosten müssen jetzt von allen getragen werden, auch von den ehemaligen DDR-Bürgern.

Zu den Legenden der früheren DDR gehört, daß dies im Unterschied zur westlichen Ellenbogengesellschaft eine zwar arme und unterdrückte, aber solidarische Gesellschaft war. In der Tat gab es Solidarität unter Gleichgesinnten und in Notsituationen. »Aber das war nicht das Verdienst des Systems, sondern gerade seiner Gegenbewegung.«³ Der Stasi-Staat hat im Gegenteil unsolidarisches Verhalten gezielt gefördert. Solidarität mit Menschen, denen es schlechter geht, ist leicht, wenn sie weit weg sind. Problematisch wird es, wenn sie zu Hause als Konkurrenten um Arbeitsplätze, Wohnungen, erarbeiteten Wohlstand auftreten. Die Westdeutschen wollen nicht teilen? Ja, wollen denn die Ostdeutschen teilen? Mit Polen, Rumänen, Russen? Mit den ehemaligen Brüdern aus dem sozialistischen Lager, die keine wohlhabende westliche Hälfte haben? Am einstigen Checkpoint Charly war ein Rotarmist auf eine Mauer gemalt mit dem Text: Deutsche, wir beneiden euch! Das viel beklagte Tempo der Vereinigung wurde ursprünglich nicht vom Westen forciert, wie Kohls 10-Punkte-Plan und andere Stufenmodelle belegen, sondern vom elementaren Drang einer großen Mehrheit in der früheren DDR nach Freiheit und Wohl-

3 Ulrike Poppe, »Warum haben wir die Macht nicht aufgehoben?« (Rede zur Verleihung des Martini-Preises), Bündnis 2000, Nr. 1 vom 14. Dezember 1990.

stand. Unter dem Binnenaspekt war und ist die eilige Vereinigung gleichwohl problematisch. Außenpolitisch aber war sie eher ein Glücksfall. Ein Blick nach Moskau läßt ahnen, daß die internationalen Rahmenbedingungen vielleicht nur für einen seltenen historischen Augenblick der deutschen Einheit so günstig waren.

Das in West und Ost unterschiedliche Wir-Gefühl wird noch lange anhalten, denn darin drücken sich unterschiedliche Erlebniswelten, andersartige Sozialisationsprozesse aus – aber nicht nur das. Es hat in Deutschland immer eine Ost-West-Scheide gegeben wie auch eine Nord-Süd-Scheide. Die regionale Vielfalt in Kultur, Mentalität, Lebensart ist historisch gewachsen, sie bereichert uns alle und darf nicht verschwinden in einer unnatürlichen, gleichmacherischen Einheit. Der zentralistische Einheitsstaat war in Deutschland immer antidemokratisch und eine Gefahr für die Nachbarn, er hat historisch ausgespielt. Der Föderalismus mit seinen dezentralen, demokratischen Strukturen und dem Zwang zur Konsensfähigkeit ist eines der wichtigsten politischen Ergebnisse deutscher Geschichte. In der föderalen Ordnung ist Platz auch für die Verschiedenartigkeit der östlichen Bundesländer. Sie müssen ihre historisch verwurzelte landsmannschaftliche Eigenart und kulturelle Tradition ebenso einbringen wie ihre Erfahrungen mit der Diktatur und ihrer Überwindung. Daraus kann das in der Konfrontation mit dem überlegenen Wirtschaftssystem zeitweilig verlorengegangene Selbstvertrauen wiedergewonnen werden, und nicht aus nachträglicher Anhänglichkeit an ein wirtschaftlich wie politisch gescheitertes Experiment.

Die politische Form der staatlichen Vereinigung durch Beitritt hat vor allem im Westen die Idee suggeriert, die Einheit werde die alte Bundesrepublik nicht verändern, nur vergrößern. Die Westdeutschen möchten in ihrer ge-

wohnten Welt verharren, sie haben Angst vor den Veränderungen, die aus dem Osten auf sie zukommen könnten. Aber die bundesrepublikanische Ordnung ist nicht deshalb gut, weil sie vierzig Jahre lang stillgestanden hat, sondern wegen ihrer Beweglichkeit, ihrer Fähigkeit, sich neuen Erfordernissen anzupassen, sich zu verändern. Die Vereinigung mit den so anderen gesellschaftlichen Erfahrungen der Ostdeutschen eröffnet neue Chancen für die Ausgestaltung einer gemeinsamen demokratischen Ordnung. So wird zum Beispiel über das Verhältnis von repräsentativer und Basisdemokratie, zentralen und dezentralen Kompetenzen, Freiheit und Gerechtigkeit neu nachgedacht werden können.

Auch unsere Zeitschrift muß sich den Veränderungen stellen. Ihre einstigen Themen: DDR und Deutschlandpolitik, gibt es nicht mehr. Doch der jetzt erst beginnende Prozeß des Zusammenwachsens, des einander Entgegengehens, hält eine Fülle neuer Themen bereit, die mit Sachverstand analysiert und diskutiert werden müssen, von dem großen, keineswegs nur die frühere DDR betreffenden Komplex Vergangenheitsbewältigung über die Unzahl praktischer Probleme der Gesellschaftsgestaltung bis zu den Fragen der Einordnung in den größeren europäischen Rahmen.

Die Chance eines gemeinsamen »revolutionären Lernprozesses: *Learning by doing*«, erfordert intellektuelle Anstrengungen und Auseinandersetzungen, für die das Deutschland Archiv eine publizistische Plattform bieten will. Gewissermaßen die Überaufgabe sehen wir in dem Bemühen, »die da drüben« den jeweils anderen verständlich zu machen, eine Art Dolmetscher zu sein zwischen dem östlichen und dem westlichen »Wir«.

4 Kurt H. Biedenkopf in seinem lesenswerten Diskussionsbeitrag in der Gesprächsreihe »Zu Gast bei Christa Wolf« am 5. Juni 1990, abgedruckt in Sinn und Form, Heft 6/1990, S. 1037 ff. (1057).

Honec

Karl Wilh

Seitdem f
DDR die
treten auc
Honecker
klärt hat,
kennbar w
glied des
Staatssich
Generalse
historisch
Ende einf
kürzen, es
Egon Kre
gen, aber
an Honec
vermutet
Der Betro
Konspirat
Staatsche
ten Manö
Hintergru
DDR 18 J
den Stasi-
der Versch
Verhältnis
aber im
herausges
itiatoren
vom VIII.
hauptet e
bar stütze
nem Mim
Waren di
Sicht noc
Moskau a
dem das
hatte? »L
nen sehr
meint Ho
liegt auch
nen Oper
erstaunt
an einer
einer Kor
ralsekret
und des